

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 24. März 2026
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

A 525 Anfrage Schnider-Schnider Gabriela und Mit. über die vom Bund angedachte Einschränkung der postalischen Hauszustellung und deren Folgen für die Luzerner Landschaft / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 525 sowie die Anfrage A 526 von Sarah Bühler-Häfliger über die neue Postverordnung und deren Auswirkungen auf den Lokaljournalismus im Kanton Luzern werden als Paket behandelt.

Gabriela Schnider-Schnider ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Sarah Bühler-Häfliger ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Gabriela Schnider-Schnider: Der Bundesrat will in den nächsten Jahren das Postgesetz und das Postorganisationsgesetz an die Zeit anpassen und langfristig sichern. In der Vernehmlassung zur Postverordnung hat letzten Sommer schweizweit ein Vorschlag für besonders viel Kritik der Kantone, von verschiedenen Verbänden und der betroffenen Bevölkerung gesorgt, nämlich, dass die Post künftig nicht mehr jedes ganzjährig bewohnte Haus beliefern will. Das würde schweizweit immerhin 60 000 Haushalte betreffen. Wie viele davon aus dem Kanton Luzern sind, konnte der Regierungsrat nicht beantworten. Dafür liess er in seiner Stellungnahme vernehmen, dass diese Einschränkung zu akzeptieren sei und für abgelegene Gebiete in Zukunft eine digitale Erschliessung Priorität haben solle. Nur, was nützt mir das beste Auto, wenn ich keine Strasse habe? Für eine stabile digitale Grundversorgung im ganzen Kanton Luzern, auch ausserhalb der Bauzone, braucht es zuerst entsprechende Investitionen. Der Kanton setzt beim Ausbau des Breitbandnetzes voll auf den Bund und die Swisscom. Das reicht nicht und dauert viel zu lange. Die Landbevölkerung hat deshalb mit PRIORIS ein starkes Zeichen gesetzt. Wenn die Digitalisierung aber im ganzen Kanton innert nützlicher Frist und flächendeckend Fahrt aufnehmen soll, muss sich auch der Kanton bewegen und selbst stärker investieren. Ich darf daran erinnern, dass entsprechende Erwartungen, auch in finanzieller Hinsicht, in der Bemerkung zur Digitalstrategie festgehalten sind. Diese Bemerkung hat das Kantonsparlament im September 2022 überwiesen, leider bis jetzt ohne grosse Resonanz. Der Bundesrat hat inzwischen entschieden, dass die Postzustellung in abgelegene Regionen im Moment unverändert bleiben sollen. Aber welche Folgen eine Revision des Postgesetzes für die Bevölkerung haben soll, darüber kann im Moment nur spekuliert werden. Es wäre schön, wenn auch der Kanton Luzern bis dann flächendeckend digital fit wäre. Zur Anfrage A 526: Mit der Revision der Postverordnung steht ein weiterer Abbau in der Grundversorgung zur Diskussion, dieses Mal bei den

Laufzeitvorgaben für Briefe, Pakete und abonnierte Zeitungen. Es stimmt, der finanzielle Druck auf die Post ist gross. Aber regionale und lokale Printmedien bleiben für unsere demokratische Grundversorgung zentral. Digitale Formate können die gedruckten Zeiten weder ganz ersetzen noch ihre Funktion im lokalen Informations- und Meinungsbildungsprozess übernehmen. Umso wichtiger ist es, dass auch die Luzerner Regierung eine Lockerung der Zustellvorgaben bei Zeitungen ablehnt und damit den hohen Stellenwert der regionalen Medien anerkennt.

Sarah Bühler-Häfliger: Beim Lesen der Antworten des Regierungsrates auf die beiden Anfragen könnte man meinen, dass bei der Post alles in bester Ordnung ist und dass man auf Bundesebene das Schlimmste abwenden konnte. Ist also alles nur halb so wild? Auf keinen Fall. Die Geschichte mit der Postverordnung des Bundes hat uns gezeigt, dass der Druck auf die postalische Grundversorgung in Zukunft hoch bleiben wird. Unpünktliche oder wegfallende Postzustellungen beschneiden die Grundversorgung und treffen insbesondere ländliche Regionen und ältere, mobilitätseingeschränkte Menschen besonders hart. Lokale Zeitungen wie der «Seetaler», der «Anzeiger Michaelsamt» oder der «Willisauer Bote» sind zentral für das tägliche Leben und die Meinungsbildung auf der Landschaft. Das wird durch die grossen Medienhäuser nicht abgedeckt. Gerade Landzeitungen sind für die Lokalpolitik unverzichtbar und Teil der regionalen Identität. Der Regierungsrat anerkennt zwar die Bedeutung von hochwertigen Medien und der Post, er verweist aber überall auf die Zuständigkeit des Bundes und sieht keinen kantonalen Handlungsbedarf. Diese Haltung greift zu kurz. Bundeskompetenzen schliessen nämlich kantonales Engagement nicht aus. Der Kanton Luzern hat ein ureigenes demokratie- und wirtschaftspolitisches Interesse an starken lokalen Medien. Dies auch mit Blick auf die rund 1000 Arbeitsplätze im Kanton. Bislang hat sich der Kanton zu wenig für den Medienplatz Luzern engagiert. Der Stellenabbau beim Medienausbildungszentrum «MAZ» ist ein deutliches Signal. Die Lokalzeitungen befinden sich mitten im Strukturwandel. Abonnementseinnahmen sinken und die Werbegelder fließen zu internationalen Plattformen. Gleichzeitig fehlen den Verlagen zunehmend Mittel für die Ausbildung von jungen Journalistinnen und Journalisten. Digitale Formate sind eine wichtige Ergänzung zu Printmedien und bieten grosses Potenzial für Menschen aus allen Generationen. Aber digitale Formate sind nicht gratis zu haben. Die Medienhäuser stehen vor der Herausforderung, trotz sinkender Einnahmen in die Entwicklung und Etablierung digitaler Angebote zu investieren. Schliesslich braucht es für digitale Formate auch eine leistungsfähige, digitale Infrastruktur. Genau dort bestehen im Kanton Luzern Defizite. Die Luzerner Breitbandstrategie hat eine Bemerkung des Kantonsrates überwiesen, und zwar regionale und kommunale Investitionen, um die digitale Infrastruktur zu unterstützen. In der gleichen Strategie ist aber zu lesen, dass bis jetzt weder der Prüfauftrag begonnen hat, noch der Mittelbedarf erhoben oder eine gesetzliche Grundlage angedacht wurde. So kommen wir nicht weiter. Das ist der beste Beleg dafür, dass es in dieser Sache unbedingt auch das Engagement des Kantons braucht. Das ist in unserem ureigensten Interesse. Wir können schon darauf hoffen, dass die Post noch etwas bleibt und der Bund und die Swisscom die digitale Grundversorgung irgendwann umgesetzt haben. Aber vielleicht haben bis dann viele Haushalte und Gemeinden keine Postversorgung oder Lokalzeitung mehr, weil der wirtschaftliche Druck zu gross wurde. Der Kanton muss selbst aktiv werden. Es geht darum, die digitale Infrastruktur auch finanziell zu fördern, damit die gesamte Bevölkerung gleichwertigen Zugang zu Information und Service public hat. Es geht auch darum, die Medien, in welchem Format auch immer, mittels kantonaler Medienförderung zu stärken, damit sie weiterhin zuverlässige Informationsquellen und Orientierungshilfen sind.

Thomas Meier: Der Service public der Schweizerischen Post der letzten 30 Jahre wird nicht

mehr der Service public der nächsten zehn Jahre sein. Pro Jahr gehen die Einzahlungen an den Poststellen im Schnitt um 10 bis 15 Prozent zurück und die Briefpost schrumpft um 5 Prozent. Diese Einbrüche werden von der boomenden Paketpost nie aufgefangen und so muss sich die Post anpassen. Über 95 Prozent der Bevölkerung im Kanton Luzern erreichen innerhalb von 20 Minuten zu Fuss oder per öV einen bedienten Zugangspunkt der Post. Damit wird die gesetzliche Vorgabe von 90 Prozent klar übertroffen. Die Bedenken der beiden Anfragen können insofern relativiert werden, da es eine grosszügige Übergangszeit gibt und der hinterste und letzte bis dann digitalisiert ist, auch die 60 000 Haushaltungen, die schweizweit nicht mehr bedient werden sollen. Heruntergebrochen auf den Kanton werden es ein paar wenige Feriensiedlungen sein, die nicht das ganze Jahr bewohnt sind. Ich habe diesbezüglich Rücksprache mit der Post genommen. Welche Lösungen gibt es? Es gibt sehr viele Lösungen, zum Beispiel den digitalen Briefkasten. Mit diesem Angebot der Post wird der physische Brief in einem Scancenter digitalisiert und so zugestellt. Wenn man das nicht möchte, kann die Post postlagernd zugestellt werden und sie kann beim nächsten Punkt abgeholt werden. Es gibt auch einen Hausservice der Post, den man bestellen kann und der Postbote kommt nach Vereinbarung eines Termins vorbei. Das Internet ist heute ebenfalls für den hintersten und letzten zugänglich. Man kann bei «Starlink» für 50 Franken ein Monatsabonnement lösen und hat eine unlimitierte Datenmenge und Highspeed Internet. Ich bin der Meinung, dass der Briefkasten nicht mehr jeden Tag bedient werden muss, denn das hat seinen Preis. Die Zeitungen können heute digital bezogen werden. Diejenigen, die das nicht können, haben vielleicht ein Grosskind, das dem Grossvater zeigen kann, wie die entsprechende App heruntergeladen werden kann. In diesem Fall kann man die Zeitung bereits vor dem Mittag lesen, da sie im schlechtesten Fall erst um 12.30 Uhr zugestellt wird. Die Schweizerische Post ist verglichen mit dem Ausland ein sehr zuverlässiger Dienstleister. Wir haben also einen Premiumdienstleister, der uns tagtäglich bedient.

Gian Waldvogel: Positiv würdigen wir ausdrücklich, dass die Regierung die grosse Bedeutung einer vielfältigen Medienlandschaft für unsere Demokratie anerkennt und festhält, dass regionale und lokale Medien eine zentrale Bedeutung zur politischen Information und Meinungsbildung in unserem Kanton leisten. Gleichzeitig bleibt aus unserer Sicht die Haltung zu inkonsequent. Besonders fraglich ist für die Grüne Fraktion, dass der Regierungsrat die Streichung der Hauszustellung in abgelegenen Siedlungen mit weniger als fünf Häusern befürwortet. Damit lässt sie die ländliche Bevölkerung doch etwas im Regen stehen. Es drohen Wüsten im Service Public und in der Medienberichterstattung. Diese Haltung gefährdet in der Konsequenz langfristig eben doch den Zusammenhalt in unserem Kanton und schwächt die Gesellschaft und ein wesentliches Element der direkten Demokratie, nämlich umfassende Informationen für alle Menschen in unserem Kanton. Der Bundesrat hat zum Glück Abstand genommen von diesen Plänen im Rahmen der Revision der Postverordnung. Der schale Nachgeschmack in Bezug auf die Haltung der Regierung bleibt jedoch bestehen. Auch wäre das einer Schwächung des medialen Service public gleichgekommen, die im Widerspruch zum Bekenntnis einer vielfältigen Medienlandschaft steht. Trotz klarer Bekenntnisse zu dieser Medienvielfalt engagiert sich der Regierungsrat eben nicht vertieft für Alternativen oder ergänzende Instrumente im Bereich der kantonalen Medienförderung. Stattdessen wird weitgehend auf den Bund verwiesen und darauf vertraut, dass Markt und Digitalisierung die sich verschärfende Medienkrise lösen würden. Aber aus wirtschaftlicher Perspektive greift diese passive Haltung definitiv zu kurz. Der Medienmarkt leidet seit Jahren unter strukturellen Problemen. Es brechen Werbeeinnahmen weg zugunsten mächtiger internationaler Plattformen. Fixkosten, etwa für die Zustellung, steigen und Skaleneffekte führen zu einer zunehmenden Konzentration. Gerade lokale und regionale

Medien können dieser Entwicklung nicht aus eigener Kraft entgegenhalten. Das ist kein normales Marktgeschehen, sondern ein Marktversagen. Wir erwarten vom Regierungsrat und auch von unseren bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen, dass man diesen Handlungsbedarf ernst nimmt und realistische Lösungen für die Luzerner Medienlandschaft in Angriff nimmt. Dazu hat die Grüne Fraktion schon mehrmals Hand geboten.

Simon Howald: Durch den Rückgang des versendeten Volumens während der letzten Jahrzehnte und weiteren Veränderungen hat die Post die Herausforderung, ihre Zustelldienstleistung kostendeckend aufrechtzuerhalten. Deshalb ist es für die Grünliberalen nachvollziehbar, dass seit längerem nach geeigneten Ersatzlösungen gesucht wird. Im Weiteren sieht die GLP im Ausbau einer leistungsfähigen Breitbandverbindung im ländlichen Raum ein wichtiges Fundament, um die Verschiebung von physischen Postzustellungen, insbesondere Korrespondenzen, auf digitale Kanäle zu verlagern, wo das möglich und sinnvoll ist. Diese digitale Infrastruktur wird zusätzlich für moderne Arbeits- und Lebensformen wie Homeoffice oder Co-Working benötigt. Schlussendlich unterstützen wir ebenfalls die Integration von Postdiensten in bestehende, öffentlich zugängliche Infrastrukturen wie zum Beispiel Dorfläden, um die Postdienstleistungen in ländlichen Gemeinden weiterhin beizubehalten.

Hella Schnider: Zum Votum von Thomas Meier: Ich freue mich, dass ich scheinbar in die Ferien kann, denn gemäss Post wären ja nur ein paar Ferienhäuser von den Massnahmen betroffen. Das ist nicht so. Wir hätten im Kanton Luzern ausserhalb der Bauzone die meisten Gebäude, die davon betroffen wären, wenn das wie geplant umgesetzt worden wäre. Es ist Augenwischerei von der Post, so etwas zu behaupten. Es ist wichtig, dass wir genau hinschauen und die geeigneten Massnahmen auch kritisch hinterfragen.

Sarah Bühler-Häfliger: Zum Votum von Thomas Meier: Dieser Vergleich hinkt. Das Internet ist nicht für den hintersten und letzten zugänglich. Man kann nicht überall im Kanton digitale Informationen herunterladen. Die Infrastruktur dazu ist schlicht nicht überall vorhanden. Ist es fair, wenn man per Zufall ausserhalb der Bauzone auf der Landschaft wohnt und für ein Starlinkabonnement bezahlen muss?

Thomas Meier: Die Post liefert dem Bund 360 Millionen Franken Dividenden ab. Diese werden je länger je kleiner. Am Ende des Tages geht es auch um ein Preisschild hinter diesem Service public. Es gibt Einzelschicksale, wo man nicht immer auf den hintersten und letzten Rücksicht nehmen kann.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Wir haben in der Schweiz drei Staatsebenen: Bund, Kantone und Gemeinden. Das Thema der Grundversorgung ist ganz klar beim Bund angesiedelt. Zur Grundversorgung gehört einerseits die postalische Grundversorgung und andererseits die digitale Grundversorgung, also die Bandbreite. Die Regierung hat in ihrer Stellungnahme darauf hingewiesen und Sie haben darüber diskutiert: Aus finanziellen Gründen ist das nicht nachvollziehbar. Es gibt nicht mehr so viele Briefe wie früher, das wird bei Ihnen zu Hause auch so sein. Irgendjemand muss den Pöstler bezahlen, der zu jedem Haus kommt, auch wenn es nur noch selten Briefe gibt. Diese Veränderungen sind einfach da, und wir als Bevölkerung haben sie selbst verursacht. Wir haben mehr digitalen Verkehr und weniger postalischen, und das bedarf entsprechender Veränderungen. Wenn der Bund das tun will, und der postalische Zustellbereich zurückgeht, dann erwarten wir und es muss sichergestellt sein, dass die digitale Versorgung auch in genügender Datenqualität ausreichend zur Verfügung steht. Wir haben es gehört, der Bund ist Eigner der Post und er ist auch in der Verantwortung, wenn es um die Grundversorgung geht. Wir begrüssen das Thema der PRIORIS sehr und haben es auch ideell, aber nicht finanziell unterstützt. Wir haben Sitzungen

durchgeführt und auch mitgeholfen, wenn es entsprechende Termine brauchte, auch mit dem Bund. Aber die Gemeinden haben das auch selbst sehr gut gelöst, und dafür sind wir auch sehr dankbar. In diesem Sinn war das eine gute Sache. Wir sind überzeugt, dass es auch in Zukunft Sinn macht, direkt zusammen Lösungen zu suchen und zu finden, beispielsweise mit der Swisscom oder anderen. Der Bund hat hier ebenfalls mitgeholfen. Dann zum Thema der Medien: Ich glaube, die Regierung hat sich gerade in letzter Zeit stark für den Medienplatz Kanton Luzern eingesetzt, beispielsweise auch mit der Positionierung zur SRG-Initiative, vor der wir klar gewarnt haben. Die Initiative wurde abgelehnt, weil im Speziellen auch der Medienplatz Luzern mit dem MAZ, aber auch der SRG-Standort betroffen gewesen wäre. Zudem haben wir uns der entsprechenden Stellungnahme der Konferenz Kantonalen Volkswirtschaftsdirektorinnen und Volkswirtschaftsdirektoren (Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz VDK) angeschlossen und die Reduktion der Laufzeitvorgaben bei den abonnierten Zeitungen abgelehnt. Zudem hat auch hier das eidgenössische Parlament ein Massnahmenpaket verabschiedet, um die regionalen Medien zu stärken. Dazu gehört unter anderem auch die Förderung der Frühzustellung. Das Parlament hat damit klar zum Ausdruck gebracht, dass es die regionalen Printmedien stärken will. Dies ist aus unserer Sicht richtig und wichtig, denn für die Demokratie sind objektive Informationen, die auch eingeordnet werden, wichtig, um sich eine Meinung bilden zu können. Es ist wichtig, auch für unsere Demokratie. Wir werden im Rahmen einer Anfrage von Urs Marti wieder über die Post sprechen. Wahrscheinlich wird es dabei wieder um dieselben Themen gehen.